

Ablauf der Gefährdungsabschätzung von Rüstungsaltlasten.
Skizze: Umweltministerium.

182 Fälle schon zu den Akten gelegt

Flächen in Uphusen und Uesen aus dem Rennen

ul Hannover. „Fast 50 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist es an der Zeit, das von Rüstungsaltlasten ausgehende Gefährdungspotential so schnell wie möglich zu erfassen und abzubauen“, heißt es am Ende des Handbuchs des niedersächsischen Umweltministeriums. Das Projekt soll spätestens in vier Jahren abgeschlossen sein. Niedersachsen hat damit die Vorreiterrolle übernommen. Es ist aber auch im Vergleich zu anderen Bundesländern am stärksten von Rüstungsaltlasten betroffen.

Seit der Einrichtung des Referates für Rüstungsaltlasten im Jahre 1989 sind bis einschließlich Oktober vergangenen Jahres über 400 Standortgutachten an Ingenieurbüros vergeben worden. Das bisherige Auftragsvolumen liegt bei 43 Millionen Mark. Am 1. November 1993 wurde die vierte Fortschreibung der Studie veröffentlicht. Das Ergebnis: „Auf nahezu der Hälfte al-

ler Verdachtsflächen hat sich der Anfangsverdacht nicht bestätigt“.

Damit konnten 182 ehemalige Verdachtsflächen in den Block C (Skizze oben) entlassen werden. Unter der laufenden Nummer 105.1 und 105.2 stößt man in diesem Block auf zwei „Vertreter“ aus Uphusen und Uesen. Der Verdacht, in Uphusen habe es ein Marineöllager gegeben, blieb in der Vorrecherche unbestätigt. Auch im Uesener Weserhafen legte man den Hinweis auf „die Versenkung von Munition“ zu den Akten.

Im Gespräch mit Hans-Jürgen Rapsch bezog sich das KREISBLATT auf diese beiden Fälle. Kann er behaupten, daß sich dort auf gar keinen Fall Altlasten befinden? „Nein, so absolut würde ich das nicht sagen. Aber, nach bestem Wissen und Gewissen schon“ überlegt der Referatsleiter. Die Vorrecherche wird quasi vom Schreibtisch erledigt.

Achimer Kreisblatt
15./16.01.94

Nun wird systematisch nach Altlasten gesucht

Test-Bohrungen auf der Kreis-Deponie in Hülßen

Dörverden-Hülßen (ptv). Nach Vorrecherchen im Frühjahr 1993 hat nun die akribische Suche nach Rüstungsaltlasten auf der Bauschuttdeponie des Landkreises in Hülßen begonnen. Das Achimer Ingenieurbüro Born und Ermel läßt Boden- und Wasserproben auf Ausgangs- und Abbauprodukte von Explosivstoffen untersuchen. Vermutet werden Nitroaromate, Nitratester, Nitramine, Salze und Metalle - sämtlich Ausgangs- und Abbauprodukte von Explosivstoffen. Außerdem rechnen die Experten mit Poly-Aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK), das sind Rückstände der nach Kriegsende verbrannten 15 000 Tonnen Munition.

Das Deponiegelände auf der ehemaligen Kali-Zeche „Wilhelmine-Carlsgrück“ wurde vom Ministerium in Hannover, wie seinerzeit berichtet, in die dringlichste Kategorie der Rüstungsaltlasten im Lande eingestuft. Als Konsequenz daraus hat Umweltministerin Griefahn nun auch den Auftrag für weitere Untersuchungen erteilt. Schließlich hatten die deutschen Militärs vor 1945 bis zu 50 000 Tonnen Munition und Kriegsmaterial in den ausgebeuteten Salzkavernen gelagert.

Davon fanden die britischen Truppen nach Kriegsende noch rund 15 000 Tonnen vor. Außerdem lagen 10 000 Torpedos im unterirdischen Waffenlager der Wehrmacht. Sie wurden 1945 nach Helgoland verschifft und dort in die Luft gejagt. Einen großen Teil der restlichen Munition vernichteten die Briten an Ort und Stelle in Hülßen.

Bei der Suche nach Brandplätzen waren die Sieger nicht besonders wählerisch. Einen Teil der Munition fackelten sie kurzerhand auf dem Bergwerksgelände und dem angrenzenden (heutigen) Firmengelände Heckmann ab. Für brisantere Kaliber hatten sie etwa einen Kilometer entfernt einen Sprengplatz zwischen Kaliabraumhalde und Aller eingerichtet. Entsprechende Berichte aus der Hülsener Bevölkerung über die Brandplätze waren durch Funde bei archäologischen Grabungen auf dem Heckmann-Gelände untermauert worden.

Bei dem Raster für Probenentnahmen hat das Achimer Ingenieurbüro die eigenen Vorrecherchen aus dem vergangenen Jahr zugrunde gelegt. Insgesamt 36 Rammkernbohrungen sollen niedergebracht werden. Außerdem wird das Oberflächenwasser in zwei Tümpeln unterhalb der Abraumhalde getestet. Das Grundwasser wird ohnehin

seit längerer Zeit vom Landkreis Verden beobachtet. In den dafür angelegten Testbrunnen wurden neben vergleichsweise hohen Salzmengen (verursacht durch Auswaschung der Kalihalde) auch Schwermetalle in überdurchschnittlicher Dosierung im Grundwasser festgestellt.

„In sechs Wochen liegen genauere Untersuchungsergebnisse vor“, sagt Andreas Renken vom Büro Born und Ermel. Er leitet die Bohr- und Labortrupps, zu denen sich aus Sicherheitsgründen auch Experten für Kampfmittelräumung gesellt haben. Die Resultate der Voruntersuchung werde das Ingenieurbüro bis spätestens zum Herbst in einem Gutachten zur Gefährdungsabschätzung vorlegen. Dann sei wieder das Ministerium in Hannover am Zuge. Umweltministerin Griefahn müsse dann anhand der Daten aus Achim entscheiden, ob die Kreis-Bauschuttdeponie in Hülßen weiterhin höchste Priorität haben soll.

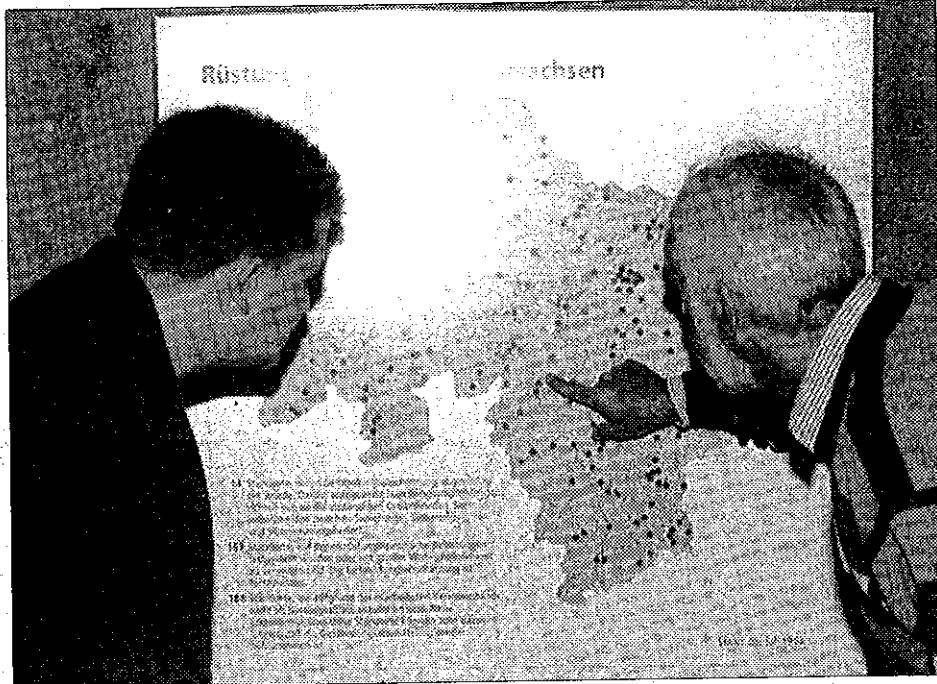
Bei der Suche nach Rüstungsaltlasten bleibt allerdings ein wesentlicher Bereich des alten Zechengeländes ausgespart. Wo in den vergangenen Jahren meterdick Bauschutt und Gartenabfälle abgeladen wurden, sollen keine Bohrungen erfolgen. Das habe wenig Aussicht auf Erfolg, so die Meinung des Experten vor Ort. Keine Rolle spielt auch die von Zeitzeugen benannte „wilde“ Müllkippe, die sich vor der Einrichtung der Bauschuttdeponie an gleicher Stelle befunden haben soll.

Dörverdens Umweltschutzbeauftragter Lutz Brockmann freut sich, daß es mit der Untersuchung in Hülßen vorangeht. Nun müsse das Gleiche auch auf dem ebenfalls als dringlich eingestuften Eibia-Gelände in Barne geschehen, hofft Brockmann. Eine offizielle Entscheidung der Umweltministerin stehe aber noch aus.

Info-Abend zu der Barmer Eibia-Altlast

Dörverden (eb). Wie die Gemeindeverwaltung Dörverden mitteilt, wird zur Gefährdungsabschätzung der Eibia-Rüstungsaltlast am Montag, 12. September, eine Voruntersuchung auf dem ehemaligen Eibia-Gelände beginnen. Das Land Niedersachsen hat das Ingenieurbüro Dr. Born/Dr. Ermel aus Achim mit der Entnahme und Auswertung von Boden- und Wasserproben beauftragt. Um die Öffentlichkeit über die Voruntersuchung zu informieren, findet am Dienstag, 13. September, ab 19 Uhr im Soldatenheim Barne ein Info-Abend statt, an dem Vertreter des Ingenieurbüros und des Staatlichen Amtes für Wasser und Abfall (StAWA) Verden teilnehmen werden.

Verdener Nachrichten, 03.09.94



In Barne wird heute über Eibia-Rüstungsalutlasten informiert

Rechtzeitig zum heutigen Informationsabend hat die Gemeindeverwaltung Dörverden im Barmer Soldatenheim mehrere Stelltafeln mit Details über die Rüstungsalutlasten der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia in Barne aufgebaut. Ab 19 Uhr wird ein Mitarbeiter des Staatlichen Amtes für Wasser und Abfall Verden die Öffentlichkeit über das Landesprogramm zur Gefähr-

dungsabschätzung von Rüstungsalutlasten unterrichten. Beim Infoabend im großen Saal der Barmer Freizeiteinrichtung werden außerdem Mitarbeiter des Achimer Ingenieurbüros über ihre Voruntersuchungen auf dem Eibia-Gelände berichten. Bereits gestern hatten Experten mit der Entnahme von Boden- und Wasserproben begonnen.

Foto: Below

Verdener Nachrichten, 13.09.94

Eibia: Jetzt gezielte Suche

Diplomgeologe beteuert: Voruntersuchung ist keine Recherche auf Sparflamme

Von unserem Redaktionsmitglied
Peter Vasen

Dörverden-Barme. Das Eibia-Gelände in Barme stellt ein „hohes Gefährdungspotential“ dar. Darüber sind sich die Fachleute in den zuständigen Behörden mittlerweile einig. Seit Beginn der Woche wird nun gezielt nach gefährlichen Stoffen gesucht, die Boden, Umwelt und Menschen in Barme gefährden.

Für die Suche nach den Rüstungsaltsäuren aus dem Betrieb der ehemaligen Munitionsfabrik hat das Achimer Ingenieurbüro Born & Ermel im Auftrag des Niedersächsischen Umweltministeriums ein Konzept entwickelt. Jürgen Zilkenat, Diplomgeologe der Achimer Firma, stellte am Dienstagabend Untersuchungsziele und -methoden im Barmer Soldatenheim der Öffentlichkeit vor.

Das riesige Areal östlich der Ortschaft Barme – heute überwiegend von der Bundeswehr genutzt – hat der Experte aus Achim mit einem Probenraster belegt. Dabei orientiert er sich an den diversen Produktionsbereichen im ehemaligen Rüstungsbetrieb. Eine der Hauptzutaten für brisante Waffen war die Nitrozellulose. Sie wurde in erster Linie in dem Teil der Fabrik verarbeitet, der dem Dorf Barme am nächsten liegt. Erst kürzlich fanden sich bei Bauarbeiten vor den Höfen in Alt-Barme hölzerne Abwasserleitungen, die mit dem Stoff bis heute kontaminiert sind.

Im südlichen Teil der Eibia-Produktionsstätte, dem sogenannten Röhrenpulverbereich, waren früher die gefährlichsten Anlagenteile aufgebaut. Dort wurde das gepresste Schießpulver getrocknet und mit Stabilisatoren „gebrauchsfähig“ gemacht. Als Stabilisatoren dienten Diphenylamine. „Die halbiert für hoch toxisch“, so Jürgen Zilkenat.

Wegen der hohen Explosionsgefahr fand die Stabilisierung hinter mächtigen Schutzmauern in Gebäuden aus Stahlbeton statt. In

den noch vorhandenen Betonresten, die die Alliierten nach Kriegsende nur mit mäßigem Erfolg zu sprengen versucht hatten, sollen jetzt Bodenproben entnommen werden.

Allerdings verspricht sich der Diplomgeologe davon nicht allzuviel, denn: „Aus verlässlichen Gründen hat man damals gerade in diesen Bereichen schon aus Selbstschutzgründen auf peinlichste Ordnung und Sauberkeit halten müssen“, zitierte er Augenzeugen.

Die Rüstungsaltsäure hatte sich vor einiger Zeit nachhaltig in Erinnerung gebracht. Auf dem Sportplatz in der Niedersachsenkaserne klappt noch heute ein großes Loch. Das Erdreich war über der früheren Säure-Hochkonzentrationsanlage eingestürzt. Allerdings vermutet der Diplomgeologe hier nicht unbedingt Schäden, weil sich die Gefährdung durch Säuren nach 50 Jahren vermutlich sehr abgeschwächt habe. Anders dagegen die damals allgegenwärtige Nitrozellulose: „Die ist nahezu unlöslich.“

Ebenfalls unlöslich ist Arsen, wenn es, wie in Barme, in sogenannte Adamsit-Plätzchen gepresst wird. Mit dem Fund dieser Plätzchen hatte vor einigen Jahren eine Schülerarbeitsgruppe der Berufsbildenden Schulen in Verden die Rüstungsaltsäure Eibia mit Erfolg in die öffentliche Diskussion gebracht. Sie hatte die Geschichte und Gegenwart der Eibia akribisch aufgearbeitet und war bei den heutigen Besitzern, der bundeseigenen Industrie-Verwaltungsgesellschaft (IVG), und den Behörden nicht immer auf Entgegenkommen gestossen.

Insbesondere die Arsenproblematik geriet schon bald zum Expertenreit, denn ein Experte wurde der Mentor der Schüler Joachim Wöock im Verlauf der Auseinandersetzung um die Eibia ganz gewiß. Beim Informationstreffen am Dienstag in Barme fragte er wieder einmal hartnäckig nach, ob denn dem Arsen mit den bestmöglichen Methoden nachgespürt werde. Geologe Zilkenat versi-

cherte, daß man nun das renommierte Fraunhofer-Institut speziell für diese Materie eingeschaltet habe.

Die von Wöock kritisierten Sicherheitsvorkehrungen – er hält die von Born & Ermel benutzten Gaswarngeräte für nicht ausreichend – verteidigte der Diplomgeologe Zilkenat. Allerdings mußte er gegenüber Fragen aus dem Zuhörerkreis des öfteren darauf hinweisen, daß es eine absolute Vorsorge und eine lückenlose Untersuchung des Geländes schon aus Kostengründen nicht geben könne.

Eine Untersuchung auf Sparflamme sei seine Arbeit aber trotzdem nicht, antwortete er auf eine ziemlich grimmige Frage aus dem Publikum. „Wir fahren aus meiner Sicht ein angepaßtes Programm“, sagte Zilkenat und das bestätigte der Stawa-Dezernent Dietmar Bublitz, der nicht müde wurde, den kritischen Fragestellern die Zusammenarbeit anzubieten. Für eine Verbesserung der Nachsuche sei es nicht zu spät, denn zur Zeit befindet man sich ja noch in der Voruntersuchung, erst dann werde entschieden, ob das Eibia-Gelände saniert oder nur gesichert und überwacht werde.

Dörverdens Bürgermeister Falldorf, der die Eibia-Rüstungsaltsäure zur „Chefsache“ gemacht hat, traut offenbar dem nur zögerlichen Bekenntnis des Bundesunternehmens IVG zu seiner Altlast nicht. Er stellte fest: „Wenn es um die Haftung geht, ist das deutsche Reich tatsächlich untergegangen.“

Dabei geht es vielleicht gar nicht mehr allein um Falldorfs Furcht, daß Gefahren nur auf dem Gelände lauern könnten. Möglicherweise wurden gefährliche Stoffe bereits exportiert. Im Lageplan für die zu untersuchenden Flächen ist auch das außerhalb liegende Tagungshaus Drübbber an der B 215 rot markiert. Vor dessen Grundstück wurde im Laufe der Jahre ein Lärmschutzwall aus Erde aufgeschüttet. Jürgen Zilkenat dazu: „Das Material kam aus dem Eibia-Gelände.“

EIBIA-Standort Barne wird auf Altlasten untersucht

Voruntersuchung soll Aufschluß über weitere Vorgehensweise geben / Land Niedersachsen und IVG tragen Kosten

red Barne. Anfang dieser Woche hat das Achimer Ingenieurbüro für Verfahrenstechnik, Dr. Born & Dr. Ermel GmbH, im Rahmen der Gefährdungsabschätzung von Rüstungsaltsäten des Landes Niedersachsen auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik EIBIA mit der Voruntersuchung begonnen. Gemeinsam mit Baurat Dieter Bublitz vom Staatlichen Amt für Wasser und Abfall (StAWA) informierte der mit der Projektplanung und -leitung beauftragte Jürgen Zilkenat am Dienstagabend auf einer öffentlichen Veranstaltung, zu der die Gemeinde Dörverden in das Soldatenheim Barne eingeladen hatte, über die damit verbundenen Bohrungen und Sondierungen sowie die Rüstlastenproblematik allgemein.

Bublitz erinnerte daran, daß noch vor wenigen Jahren die von Rüstungsaltsäten ausgehenden Gefahren für Boden, Wasser und Luft wenig beachtet worden seien. Erst eine 1987 im Landtag gestellte große Anfrage habe dazu geführt, daß eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet worden, die ein Jahr später eine Bestandsaufnahme vorlegte. Definiert wurden Rüstungsaltsäten als ehemalige Betriebsflächen der Rüstungsindustrie, die insbesondere der Herstellung und Verarbeitung von Explosiv- und Kampfstoffen und deren Vor- und Zwischenproduktion dienen; kontaminierte Flächen, auf denen Kampfmittel gelagert oder abgelagert wurden, sowie im Einzelfall unsachgemäß entsorgte Reststoffe aus der unmittelbaren Produktion von Waffen und Waffenträgern.

Bis einschließlich 1992 wurden die Rüstungsaltsäten je nach Gefährdung in drei Blöcke (A bis C) eingestuft, seit 1993 gibt es nur noch die Blöcke A und C mit einer Unterteilung des Blocks A in vier Gruppen (A0 bis A3). Dörverden ist in die Gruppe A1 eingestuft worden. In ihr sind Rüstungsaltsäten aufgeführt worden, bei denen aufgrund der bisher festgestellten Belastungen bzw. aufgrund ihrer Historie ein hohes Gefährdungspotential zu vermuten ist. Der Kenntnisstand über diese Standorte ist aber noch nicht ausreichend, um die Gefährdungsabschätzung mit einer gesicherten Empfehlung abschließen zu können. Die Fortführung der Untersuchungen auf diesen Standorten besitzt daher auch künftig höchste Priorität.

Speziell für die Bearbeitung von Rüstungsaltsäten wurde beim StAWA 1992 eine Planstelle geschaffen, seit dem 1. Januar 1994 obliegt dem StAWA die Federführung bei der Betreuung des Standortes

Dörverden. Mit der Planung und Leitung der Arbeiten im Rahmen der Voruntersuchung wurde vom Land Niedersachsen und von der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVE) das Ingenieurbüro Dr. Born & Dr. Ermel (IBE) beauftragt. An den Kosten von rund 500 000 DM beteiligen sich Land und IVG.

Funde von Sprengstoff, Munition, arsenhaltige Kampfstoffe, Belastungen des Bodens durch Polychlorierte Biphenyle, Kohlenwasserstoffe, Dinitrophenylamin und Pak sowie Belastungen des Grundwassers durch Nitrat und organische Arsenverbindungen haben zu der Einstufung in Block A1 geführt, wobei die in dieser Woche begonnene Voruntersuchung auf der bereits erfolgten Erfassung und Erkundung des Altlastenstandortes auf-

baut, die noch keine Probenentnahme vorsah. Zilkenat rechnete damit, daß die Voruntersuchung in drei, vier Wochen abgearbeitet werden könne.

In der zwischen 1937 und 1943 erbauten Munitionsfabrik wurde 1941 mit der Produktion von Nitrocellulose (NC) begonnen, das als Treibladungspulver diente. Von den 2 000 Tonnen NC wurden 50 Tonnen mit dem chemischen Kampfstoff Adamsit, einer Arsenverbindung, die beim Gegerner zu Augenreizungen führen sollte, vermischt und zu Plättchen gepreßt. Ob von den ehemaligen Produktions- und Labormeinrichtungen, bzw. deren Überresten - nach Kriegsende wurden viele Sprengende vorgenommen - eine Gefährdung für die Umwelt ausgeht, kann zur Zeit nicht abschlie-

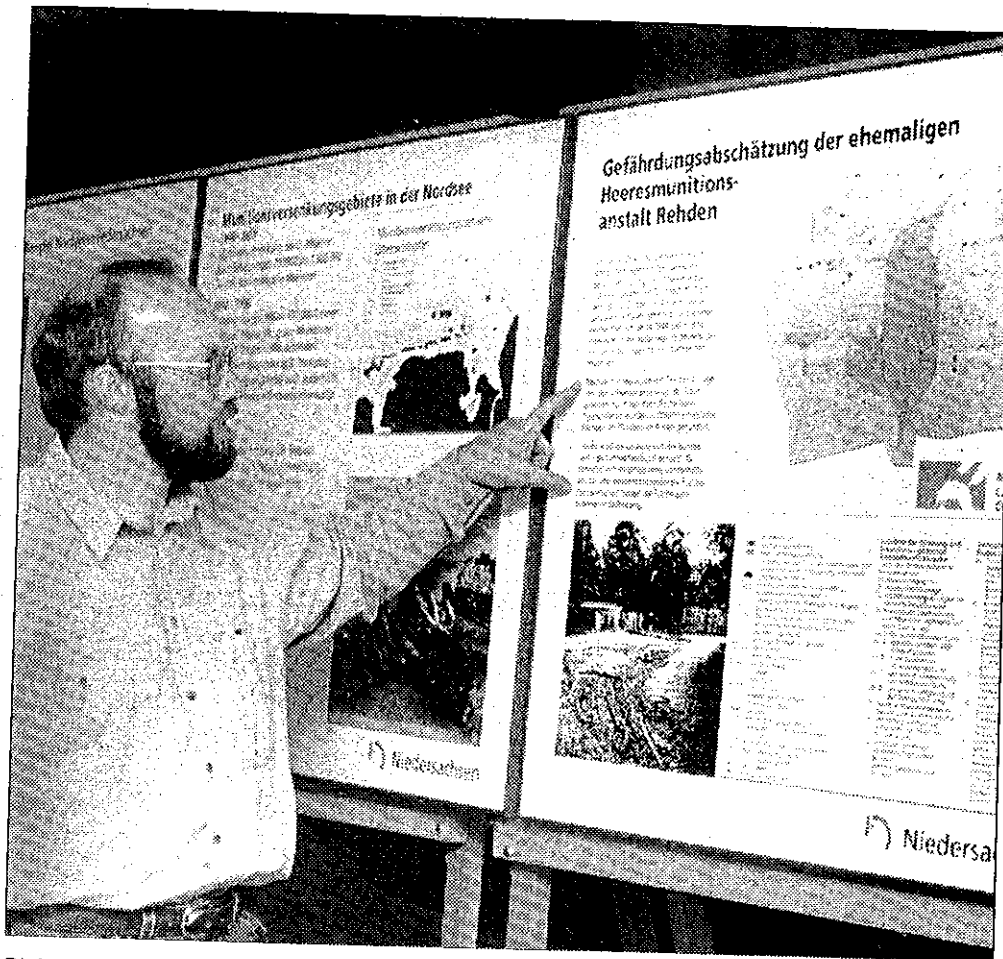
Ben beurteilt werden, 15 weitere an den bereits vorhandenen Meßstellen und Brunnen vorgenommen werden.

An einzelnen Verdachtsstellen werden außerdem Schürflur mit Kleinbaggern oder per Handschachtung angelegt. Sie werden zur Überprüfung auf eventuell vorhandene Reste von Kampfstoffen im Boden und zur Lokalisation von Abwasserleitungen ausgehoben. Zilkenat rechnete damit, daß die Arbeiten bis Anfang Oktober abgeschlossen werden und nach der Analyse und Auswertung der einzelnen Proben etwa Ende Februar, Anfang März ein Gutachten vorgelegt werden kann, das die Grundlage für die Entscheidung des Niedersächsischen Umweltministeriums über die weitere Vorgehensweise in Dörverden bildet.



Verdener Aller-Zeitung, 17.9.94

Ordnungsamtsleiter Manfred Bosse (2.v.l.) mit den Referenten (v.l.) Jürgen Zilkenat (Ingenieurbüro Dr. Born & Dr. Ermel), Wilfried Pijs und Dietmar Bublitz (beide Staatliches Amt für Wasser und Abfallwirtschaft). Foto: Reineke



Diplom-Ingenieur Pils (Foto) ist der richtige Mann für Auskünfte über die Ausstellung zu Rüstungsaltsen, die noch bis 9. November im Staatlichen Amt für Wasser und Abfall in Verden zu sehen ist. Gezeigt werden unter anderem Flächen in Niedersachsen, von denen eine Gefahr ausgeht. Foto: Jäger

Infos über Rüstungsaltsen

IN 27.10.94

Ausstellung im Verdener Amt für Wasser und Abfall bis 9. November

Verden (eb). Eine Ausstellung über Rüstungsaltsen in Niedersachsen ist noch bis zum 9. November im Staatlichen Amt für Wasser und Abfall (StAWA) in der Bürgermeister-Münchmeyer-Straße 6 (früher Arbeitsamt) zu sehen. Sie ist vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie (NLÖ) konzipiert worden und zeigt auf acht großformatigen Schautafeln die Flächen innerhalb Niedersachsens, von denen eine Gefahr ausgeht beziehungsweise ausgehen kann. Sie erläutert außerdem die Vorgehensweise bei der Gefährdungsabschätzung, geht auf den Stand der Untersuchungen auf Verdachtsflächen ein und nennt konkrete Standort-Beispiele.

Das StAWA Verden zeichnet für die Arbeiten an den Standorten Rotenburg und Eibia Dörverden verantwortlich; als Fachbehörde der Bezirksregierung Lüneburg ist es zudem in die Bearbeitung der Problemstellungen auf allen übrigen Verdachtsflächen im Dienstbezirk eingebunden.

Für weitere Informationen steht das Fachpersonal des Amtes zur Verfügung. Ansprechpartner ist Diplom-Ingenieur Pils (0 42 31/88 21 77). Die Ausstellung kann montags bis freitags von neun bis zwölf Uhr und am Nachmittag montags bis donnerstags von 13.30 bis 15.30 Uhr besichtigt werden. Terminvereinbarungen außerhalb dieser Zeiten sind möglich.